

Sonne" ging an
Besitzer Gustav
erfolgt.
Gemeinderats-
ialabteilung für
nach die Stadt
reiter von 800
innen und ein-
at eingelegt.
il des „Staats-
n des Reichs-
ditanstalt über
en. Aus einem
ist dem Land
ugeleitet worden.
0 bis 2000 RM.
en Wohnungen
ungskosten des
icht übersteigen.
inner und eben-
ngaben sich in
s ein Stellbich-
Polizei wurden
is Göttingen
das unbelagte
mit je 5 Tagen
ung der Strafe
ner die Strafe
der Auffassung
ein verstärktes
Ehre gekränk-

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Hindenburg lehnt Hitlers Vorschläge ab

Partei Führerempfang beim Reichspräsidenten — Kampfanfrage der Nationalsozialisten

II. Berlin, 25. Nov. Staatssekretär Dr. Meißner hat gestern nachmittag im Auftrage des Reichspräsidenten in einem Brief an Adolf Hitler dessen Gegenvorschlag auf Betrauung mit dem Kanzleramt einer Präsidialregierung ablehnend beantwortet. Der Staatssekretär gibt aber im Auftrage des Reichspräsidenten der Erwartung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen Hitler und Hindenburg eines Tages doch noch zustandekommen werde, und betont, daß der Reichspräsident jederzeit Herrn Hitler zu einer Aussprache irgendwelcher Art zur Verfügung stehe.

Die amtliche Mitteilung über die Ablehnung

Amtlich wird mitgeteilt: In seinem Schreiben vom 23. November hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.

Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaubt, es vor dem deutschen Volk nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben und da er befürchten müsse, daß ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben, der Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könne.

Die Einzelheiten der Verhandlungen der letzten Tage ergeben sich aus dem Schriftwechsel zwischen Hindenburg und Hitler, der im Wortlaut im Laufe des gestrigen Tages veröffentlicht worden ist.

Was den letzten Ausschlag gab

Wie die Telegraphen-Union von zuverlässiger Seite erfährt, hatte der letzte Brief Hitlers an Dr. Meißner wohl die Möglichkeit offengelassen, die Verhandlungen noch weiter fortzusetzen. Mittwoch abend jedoch fand eine Unterredung Adolf Hitlers mit Reichswehrminister General von Schleicher statt, bei der Hitler seine Forderung auf unbedingte Führung eines jeden Präsidialkabinetts in ausgeprägter Form eindeutig vertreten hat und jede Kompromißlösung ablehnte. Unter anderem hat er es abgelehnt, ein etwaiges Kabinett Schleicher und ein etwaiges Kabinett Schacht irgendwie zu unterstützen. Unter diesen Umständen hielt man es offenbar im Büro des Reichspräsidenten nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen noch weiter fortzusetzen und man gab eine abschließende Antwort.

Hitlers Schlussfresleben

Adolf Hitler hat an Staatssekretär Meißner abschließend folgendes Schreiben gerichtet: „Indem ich Ihr Schreiben, das die Ablehnung meines Vorschlages zur Lösung der Krise durch den Herrn Reichspräsidenten enthält, zur Kenntnis nehme, muß ich abschließend noch ein paar Bemerkungen treffen.“

1. Ich habe nicht den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung für aussichtslos gehalten, sondern ihn nur infolge der daran geknüpften Bedingungen für unmöglich bezeichnet.
2. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn Bedingungen gestellt werden, diese in der Verfassung begründet sein müssen.
3. Ich habe nicht die Führung eines Präsidialkabinetts verlangt, sondern einen mit diesem Begriff in keinem Zusammenhang stehenden Vorschlag zur Lösung der deutschen Regierungskrise unterbreitet.
4. Ich habe zum Unterschied anderer unentwegt die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volksvertretung betont und ausdrücklich versichert, nur unter solchen gesetzmäßigen Voraussetzungen arbeiten zu wollen.
5. Ich habe nicht nur keine Parteidiktatur verlangt, sondern war wie im August dieses Jahres so auch jetzt bereit, mit all den anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen. Diese Verhandlungen mußten erfolgreich bleiben, weil an sich die Absicht bestand, das Kabinett Papen unter allen Umständen als Präsidialkabinett zu halten.

Es ist daher auch nicht nötig, mich zur Zusammenarbeit mit anderen aufbauwilligen Kräften der Nation gewinnen zu wollen, da ich dazu trotz schwerster Anfeindungen schon in diesem Sommer alles nur irgend Mögliche getan habe. Ich lehne es aber ab, in diesem Präsidialkabinett eine aufbaufähige Kraft zu sehen, und ich habe ja auch in der Beurteilung

der Tätigkeit und des Mißerfolges der Tätigkeit dieses Kabinetts bisher recht behalten.

6. Ich habe aus dieser Erkenntnis heraus auch immer gewart vor einem Experiment, das am Ende zur nassen Gewalt führt und daran auch scheitern muß.

7. Ich war vor allem nicht bereit und werde auch in der Zukunft niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen als denen des deutschen Volkes. Ich fühle mich dabei verantwortlich meinem Gewissen, der Ehre der von mir geführten Bewegung und der Existenz der Millionen deutscher Menschen, die durch die politischen Experimente der letzten Zeit zwangsläufig einer immer weiteren Verelendung entgegengeführt werden.

Im übrigen aber bitte ich, Seiner Erzellenz, dem Reichspräsidenten, nach wie vor den Ausdruck meiner tiefsten Ergebenheit übermitteln zu wollen.“

Zum Schriftwechsel zwischen dem Reichspräsidenten bzw. Staatssekretär Meißner und Adolf Hitler werden von zünftigster Stelle folgende Bemerkungen gemacht: Von nationalsozialistischer Seite werde behauptet, der Auftrag sei nicht ehrlich gemeint und von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Diese Auffassung müsse unbedingt zurückgewiesen werden. Im übrigen seien alle die Voraussetzungen, die der Reichspräsident erwähnt habe, ja keine „conditio sine qua non“ gewesen. Hieraus einen wesentlichen Widerspruch zu konstruieren, beweise lediglich, daß Hitler diesen Weg der parlamentarischen Mehrheitsregierung nicht habe beschreiten wollen, im übrigen seien alle Voraussetzungen, die der Reichspräsident genannt habe, in der Verfassung begründet. Von zuständiger Stelle wird besonderes Gewicht auf die Stelle des Schreibens Meißners an Hitler gelegt, an der es heißt, daß sich naturgemäß eine von Hitler geführte parlamentarische Regierung im Laufe der Zeit bis zu einem Präsidialkabinett wandeln könnte.

Was den in dem letzten Briefe Hitlers an Staatssekretär Meißner enthaltenen Passus angehe, daß Hitler seine Bewegung nie anderen Interessen zur Verfügung stellen wolle, als denen des deutschen Volkes, so könne nur darauf erwidert werden, daß das deutsche Volk nicht mit der nationalsozialistischen Bewegung identifiziert werden könne und daß man das deutsche Volk auch nicht dieser Bewegung ausliefern wolle.

Partei Führerempfang beim Reichspräsidenten

Amtlich wird mitgeteilt: „Der Reichspräsident empfing am Donnerstagnachmittag den Führer des Zentrums, Prälaten Kaas, zu einer Aussprache über die Frage der Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstag. Die Besprechung wird heute nachmittag fortgesetzt.“

Auch die anderen Partei Führer sollen zu dieser Frage gehört werden. Es sind Hugenberg für die Deutschnationalen, Staatsrat Schüller für die BVP. und Dingeldey für die Deutsche Volkspartei zu dieser Besprechung gebeten worden.

Die Gleichberechtigungsfrage wieder vertagt

II. Genf, 25. Nov. Der französische Kriegsminister Paul-Boncour hat Donnerstagsabend nach französischen Mitteilungen Simon, Aloisi, Norman Davis, Henderson, den Vizepräsidenten der Abrüstungskonferenz Politis und den Berichterstatter Benesch im Auftrage Herriots die Mitteilung gemacht, daß die französische Regierung die Behandlung des großen französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplanes im Hauptauschuss wünsche. Der französische Plan stelle ein einheitliches Ganzes dar und müsse die Verhandlungsgrundlage für die Beratungen der Abrüstungs- und Sicherheitsfragen bilden.

Die französische Regierung hat damit ihren, in den bisherigen diplomatischen Verhandlungen wiederholt zum Ausdruck gebrachten Standpunkt von neuem in offizieller Form den Großmächten und dem Büro der Abrüstungskonferenz mitgeteilt. Unter diesen Umständen nimmt man in hiesigen unterrichteten Kreisen nicht mehr an, daß noch während der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundesrates Entscheidungen in der Gleichberechtigungsfrage in irgend einer Richtung fallen werde. Die bisherigen privaten in offiziellen Besprechungen zwischen den hier anwesenden Staatsmännern sollen bis Samstag weitergeführt werden. Der deutsche Außenminister wird sich am Samstag früh von Genf nach Berlin zurückgeben.

Tages-Spiegel

Reichspräsident von Hindenburg hat den Vorschlag Hitlers, ihn mit der Bildung eines Präsidialkabinetts zu betrauen, abgelehnt. Die Nationalsozialisten kündigen nunmehr jedem anderen Kabinett schärfste Opposition an.

Der Reichspräsident hat gestern die Besprechungen mit den Partei Führern wieder aufgenommen und den Prälaten Kaas ersucht, eine Reichstagsmehrheit für eine Regierung der nationalen Konzentration zustande zu bringen.

Da die Bemühungen des Prälaten Kaas bei der Zusammenlegung des Parlamentis wohl ergebnislos verlaufen dürften, rechnet man in Berlin allgemein mit einer neuen Präsidialregierung.

Die Genfer Verhandlungen über die deutsche Gleichberechtigungsfrage sind ins Stocken geraten. Bei der Haltung Frankreichs scheint eine Vertagung der Frage wahrscheinlich.

England und Frankreich haben in Washington mitteilen lassen, daß sie ihre im Dezember fälligen Kriegsschuldensraten bezahlen werden.

Kaas will eine nationale Konzentration versuchen

Wie die Telegraphen-Union erfährt, steht man in Zentrumskreisen auf dem Standpunkt, nachdem Hitler Verhandlungen über die Bildung einer nationalen Konzentration überhaupt nicht geführt habe, der Versuch zu einer Sammlung der aufbaufähigen Kräfte im Volke unter allen Umständen gemacht werden müsse. Demzufolge werde auch Prälat Kaas diese Aufgabe übernehmen. Es sei jedenfalls ausgeschlossen, daß der bisherige Regierungsführer noch weiter fortgeführt werden könne, da sich das bisherige Kabinett zu einem ausgesprochenen Kampfkabinett herausgebildet habe, das keinerlei Autorität im Volke besitze und demzufolge auch weder im Inlande noch im Auslande Vertrauen habe. Prälat Kaas wird nunmehr die Fühlung mit anderen Parteien aufnehmen und noch heute dem Reichspräsidenten Bericht erstatten.

Kampfanfrage der NSDAP.

Der Zeitpunkt der Abreise Hitlers nach München ist noch nicht festgelegt. Adolf Hitler bleibt vorläufig in Berlin. In einer Pressekonferenz betonte Goering im Auftrage Hitlers, daß die NSDAP. nunmehr jedem Kabinett den schärfsten Kampf anfrage und es ebenso zu Fall bringen werde wie das Kabinett v. Papen erledigt worden sei. Adolf Hitler kann warten bis zu dem Zeitpunkt, zu dem er ohnehin gerufen werden müsse.

Hitler verhandelt mit Hugenberg

Nach vielen Monaten hat gestern neben Besprechungen mit Führern anderer Parteien auch wieder eine Besprechung Adolf Hitlers mit dem Führer der DVP., Geheimrat Hugenberg, stattgefunden. Ferner besprach sich Adolf Hitler mit dem Vorsitzenden der BVP., Staatsrat Schäfer. — Die „BVP. Korrespondenz“ schreibt u. a.: „Weil die BVP. der Ueberzeugung sei, daß die Fortsetzung einer Diktatur zur politischen Katastrophe führen müsse, wäre sie bereit gewesen, selbst die schwersten Opfer als Partei zu bringen, um dem Gedanken einer nationalen Konzentration zum Ziele zu verhelfen. Die BVP. hätte Herrn Hitler unter bestimmten Voraussetzungen nicht die Möglichkeit genommen, zu zeigen, ob er gewillt und fähig sei, eine dem Vaterland und allen Ständen erspriessliche Politik zu machen.“

Die „Börsezeitung“ schreibt: Der Zweck der jetzt eingeleiteten Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Partei Führern sei lediglich der, festzustellen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Parteien bereit und in der Lage seien, einer vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragenen Präsidialregierung die Gelegenheit der Regierungsarbeit zu geben und auf eine parlamentarische Opposition bis auf weiteres zu verzichten. Praktisch bedente das, daß Herr Kaas versuchen solle, wenigstens eine Vertagungs-mehrheit im Parlament zu erhalten. Die Aussichten für diesen Versuch seien schon deswegen gering, weil Kommunisten und Nationalsozialisten, die vorläufig beide in Opposition stehen, die absolute Mehrheit im Reichstage besitzen. Der „Volklangeweiler“ rechnet damit, daß nach einem Scheitern der Verhandlungen mit Prälat Kaas eine neue Präsidialregierung komme. Wenn es zu einer Erörterung des Reichspräsidenten mit den Parteien über die Grundlage einer neuen Präsidialregierung kommen sollte, werde von deutschnationaler Seite mit größtem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß das kommende Kabinett der verschärften augenblicklichen Lage durch umfangreiche Neuabsetzung gegenüber dem bisherigen Kabinett von Papen Rechnung tragen müsse.

Die Arbeiten des Völkerbundesrates

Der chinesisch-japanische Konflikt
und Danziger Beschwerden

Genf, 24. Nov. Der Völkerbundesrat setzte den Redefreit über den chinesisch-japanischen Konflikt fort. Der japanische Delegierte Matsuo wandte sich vor allem gegen den Vorwurf, Japan treibe eine Eroberungspolitik und wies darauf hin, daß Japan, obwohl es oft genug Gelegenheit dazu gehabt hätte, noch niemals Eroberungsabsichten gegen die Südsee, gegen Siam oder gegen andere Gebiete gezeigt habe. Zum Schluß erging er sich ausführlich über die Frage der Zulässigkeit des Boykotts und verwies darauf, daß 1904 der erste chinesische Boykott gegen Amerika von den Vereinigten Staaten offiziell als eine feindselige Handlung und als eine offene Verletzung feierlicher Verträge bezeichnet worden sei. Matsuo betonte ferner, daß Japan die Einigung Chinas immer unterstützt habe, und daß sogar Sunjatsen von japanischer Seite bei Errichtung der Nationalregierung drei Millionen Dollar erhalten habe.

Wellington Koo-China antwortete kurz: Wenn Japan die Mitwirkung bei der Einigung Chinas in Angriffen auf Schanghai, Bombenangriffen auf ungeschützte Städte und militärische Besetzung wertvoller chinesischer Provinzen erblide, dann kann es nicht verlangen, daß China sich mit diesen Methoden einverstanden erkläre. Wellington Koo behält sich vor, in den nächsten Tagen noch nähere Darlegungen zu machen. Lytkon erhielt schließlich, trotz eines Protestes Japans, den Auftrag, sich mit seinen vier Kollegen ins Benehmen zu setzen, um dem Rat darzulegen, ob eine Änderung des Verfahrens und seiner Schlussfolgerungen auf Grund der chinesischen und japanischen Darlegungen notwendig erscheine. Lytkon wird die von ihm erbetene Antwort in einer der nächsten Sitzungen des Völkerbundesrates geben.

Der Völkerbundesrat trat dann in die Beratung der von Polen geplanten Einführung des Loty auf den Danziger Eisenbahnen ein. Die Angelegenheit geht darauf zurück, daß am 31. Oktober 1933 das polnische Verkehrsministerium eine Verordnung veröffentlicht hat, in der bestimmt wird, daß die Beförderungsgebühren für die Eisenbahn auf dem Gebiet des Freistaates Danzig nur in polnischer Währung angenommen werden darf. Die Verordnung soll am 1. Dezember in Kraft treten, so daß bis dahin eine Entscheidung des Völkerbundesrates erfolgt sein muß. Der Danziger Senat hat gegen diese geplante Maßnahme Einspruch erhoben. Der Völkerbundesrat setzte einen Dreierausschuß aus Vertretern Spaniens, Englands und Norwegens ein, der die Angelegenheit unter Anhörung beider Parteien prüfen und dem Völkerbundesrat sobald als möglich einen Bericht vorlegen soll.

Amerika und die Kriegsschuldenfrage

Verhandlungen Hoovers und Roosevelts

Washington, 24. Nov. Präsident Hoover verhandelte im Weißen Hause mehrere Stunden hindurch mit den Kongressparteführern. Er legte ihnen einen Plan zur Wiedereinführung der Kriegsschuldenkommission oder Schaffung eines gleichartigen Kongressausschusses vor. Die Parteiführer lehnten beides ab, da die europäischen Schuldner hierin die Aufforderung zur Wiederaufrollung der Schuldenfrage erblicken könnten.

Desgleichen verbrachte Roosevelt zusammen mit Präsident Garner den ganzen Tag in Verhandlungen mit den demokratischen Parteiführern. Diese sprachen sich einstimmig gegen jede Schuldenerleichterung aus. Wie verlautet, beabsichtigt die kommende Roosevelt-Regierung den Schuldnerländern Handelserleichterungen zuzubilligen, um sie dadurch in die Lage zu setzen, ihre Schulden zu begleichen. Im Anschluß an eine Aussprache mit Roosevelt erklärte Senator Swanson, daß nunmehr die europäischen Schuldner ihre endgültigen Vorschläge unterbreiten müßten. Diese Vorschläge könnte dann der Präsident dem Kongress zur Entscheidung vorlegen.

Die Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in England

London, 24. Nov. Die englische Presse beschäftigt sich ausführlich mit den Ausführungen Macdonalds im Unterhaus hinsichtlich der Arbeitslosenfrage, wobei die Pläne der Regierung eingehend betrachtet werden. Es wird festgestellt, daß in der letzten Zeit ein besonderer Unterausschuß des Kabinetts eingesetzt worden ist, der zusammen mit Sachverständigen eine Reihe von Vorschlägen bearbeitet. Einer dieser Vorschläge, den Macdonald bereits wiederholt erwähnt, ist die Beschäftigung von Arbeitslosen durch einen Ausbau des Systems der Kohlenverflüssigung (Gewinnung von Benzin und Rohöl aus Kohle), wodurch gleichzeitig der englischen Kohlenindustrie Hilfe geleistet werden soll. Die dahingehenden Pläne sind anscheinend bereits schon ziemlich weit gediehen. „Morningpost“ zufolge hat eine englische Großfirma sich zur finanziellen Unterstützung für eine solche Unternehmung bereit erklärt. Sie habe dafür die Bedingung gestellt, daß die Benzin- und Deleinführen einem ständigen Zollschutz unterworfen werden sollen.

„Daily Herald“ zufolge beabsichtigt die Regierung einen Ausschuss einzusetzen, der für eine nützliche Beschäftigung der jungen Arbeitslosen sorgen soll. Die Ausgaben sollen durch freiwillige Beiträge aus der Deffektivität unter Regierungsgarantie gedeckt werden. Der Zweck des Ausschusses sei, den Arbeitslosen körperliche Ausbildung, Erziehungs-erleichterung, Arbeitsgelegenheit und Kleinwohnung zu verschaffen.

Bestellen Sie das Calwer Tagblatt!

Oppositionsmehrheit im Danziger Volkstag für Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes

Danzig, 24. Nov. Im Danziger Volkstag wurde der nationalsozialistische Antrag auf sofortige Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes für die Regierung mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten, Sozialdemokraten und Polen angenommen. Die Regierungsparteien beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Vor den Abstimmungen gab der Vizepräsident des Senats, Dr. Wiercinski-Keiser eine Erklärung ab, in der es heißt, für den Staat müsse bei Annahme der Anträge eine schwere Krise entstehen. Die von Polen beabsichtigte Einführung des Loty bei den Danziger Eisenbahnen sowie das Scheitern der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen werden von der Regierung in Kürze wichtigste Maßnahmen gesetzgeberischer Art verlangen, deren Verzögerung infolge Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes die schwersten Gefahren für die Existenz des Freistaates bringen könnte. Die Regierung behalte sich im Falle der Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes die Freiheit des Handelns vor.

Deutschenhege im Prager Stadtparlament

Prag, 24. Nov. Im Prager Rathaus kam es bei der Beratung des Stadthaushaltes zu wilden Szenen. Der deutsch-demokratische Stadtrat Dr. Epstein hielt eine Rede, in der er u. a. den Wunsch nach einem Ausgleich auch in nationalen Fragen aussprach. Jetzt sei die Trennung so stark, daß seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht einmal gesellschaftliche Beziehungen zwischen der Stadtverwaltung und der deutschen Minderheit beständen. Während seiner Rede begannen die Mitglieder der tschechischen nationalen Liga zu lärmen. Sie versuchten Dr. Epstein niederzuschreien und riefen u. a.: „Es ist eine Provokation, daß hier überhaupt über deutsche Forderungen gesprochen wird. Wir werden euch Deutsche hier hinauswerfen.“

Das Mitglied der tschechischen Liga, Chmelik, zog die Loyalität der Deutschen in der Tschechoslowakei in Zweifel. Er fragte: „Glauben Sie, daß die Deutschen mit der Waffe in der Hand die Republik verteidigen werden?“ Der tschechoslowakische Sozialdemokrat Dr. Herschabel antwortete: „Zweifellos werden die Deutschen mit der Waffe in der Hand gegen euch ziehen, wenn es euch einfallen sollte, hier einen tschechischen Umsturz zu beginnen.“ Als Chmelik dann den tschechischen Sozialdemokraten vorwarf, sie seien während des Krieges schwarz-gelb gewesen und hätten Masaryk geschmäht, kam es zu einem regelrechten Handgemenge.

Geisterschiffe

Dampfer reisen ohne Besatzung. — Wie der „Polotofski“ nach acht Jahren wieder auftaucht. — Ein Schiff steigt aus der Tiefe auf und entlarvt einen Betrüger.

Von G. W. Hammer.

Seit beinahe drei Jahrhunderten spukt der fliegende Holländer über alle Meere und in den Hirnen der Seeleute. Bald soll er hier, bald dort aufgetaucht sein, einmal will ihn sogar der König von England gesehen haben. Und doch ist alles nichts anderes als ein Trugbild, eine unheimliche Fata Morgana, die in aufgeregten Augenbildern die Sinne täuscht. Und doch gibt es Geisterschiffe. Sie haben freilich nichts mit dem fliegenden Holländer zu tun. Sie reisen auf eigene Faust und ohne gespenstische Besatzung. Sie führen auch keine, zu unheimlichem Leben erwachenden Toten an Bord wie das „Gespenterdampf“ der Hauff'schen Märchen.

Es sind Segler und Dampfer, die von ihren Besatzungen verlassen werden mußten, Schiffe, die aufgegeben wurden, und dann plötzlich gänzlich unerwartet irgendwo anders auftauchen. Erst vor kurzem konnte ein derartiger Fall berichtet werden: Im Oktober vorigen Jahres wurde der Dampfer „Bahjimo“, der im Auftrage der Hudson Bay-Gesellschaft die in den Lagern längs der kanadischen Nordküste aufgestellten Felle eingesammelt hatte, über Nacht in der Nähe von Point Barrow vom Eis eingeschlossen. Der früh einsetzende Winter zerstörte jede Hoffnung auf baldiges Freiwerden. So sah sich der Kapitän gezwungen, mit seiner Mannschaft das Schiff zu verlassen, weil die Gefahr, daß der Dampfer von den Eismassen zerdrückt wurde, zu groß war. Die Besatzung erreichte über das Eis hinweg die fünf Seemeilen entfernte Küste, baute dort aus Treibholz und Schnee eine Hütte, um angesichts des Schiffes mit seiner Ladung im Werte von Millionen zu überwintern und an Bord zu gehen, sobald der Dampfer wieder freikommt.

Lange Monate in ununterbrochener Polarnacht standen bevor. Trotzdem war die Stimmung der Mannschaft gut. Sie hatte sich aus Erdbällernen Defen gefertigt, Konserven waren genug vorhanden, und jagende Eskimos lieferten Renntierfleisch. Jeden Tag mußten sich zwei Mann über die Schollen hinweg zum Schiff begeben, um die einzige Schraube freizumachen und den Dampfer für das kommende Frühjahr manövrierfähig zu erhalten.

Alles ging gut, bis um Weihnachten herum das Thermometer plötzlich stieg und ein Südweststurm einsetzte. Drei Tage lang durften die Leute nicht wagen, ihre Hütten zu verlassen. Am vierten ließ der Sturm nach. Als die Mannschaft sich ins Freie wagte, lag der Strand voller Eisschollen, die sich bis zu fünfzehn Meter hohen Eismäulen aufgetürmt hatten. Die Seeleute erkletterten die Mauer: Vom „Bahjimo“ war nichts zu sehen. Das Schiff mußte im Sturm untergegangen oder von den in Bewegung geratenen Schollen zerdrückt worden sein.

Wandernde Eskimos brachten die Nachricht in die nächste Siedlung. Eine drahllose Nachricht rief zwei Flugzeuge herbei, die nach den Trümmern des „Bahjimo“ suchen sollten. Sie flogen für Wochen die Küste erfolglos ab, bis sie eines Tages den Dampfer treibend fanden, obwohl ihm eine Eisscholle ein großes Loch gerissen hatte. Mit Hilfe der Flugzeuge gelang es der Besatzung, einen Teil der wertvollen Ladung zu bergen. In einer der nächsten Nächte verschwand das Schiff von neuem. Jetzt erschien sein Untergang besiegelt.

Der Frühling kam, das Eis schmolz. Ein paar Eskimos fischten fünf Seemeilen vom Strand zwischen den Eisbergen. Eine starke Brise kam auf, trieb die Eisberge auseinander, und plötzlich stand vor den entsetzten Eskimos der „Bahjimo“, drohte sie über den Haufen zu rennen. Die Mongolen flohen. Als sie die Küste erreichten, war das Schiff wieder verschunden.

Politische Kurzmeldungen

Im September ereigneten sich im Staatsgebiet Preußen 304 politische Zusammenstöße. Davon waren nach polizeilichen Feststellungen in 130 Fällen (43,7 v. H.) Kommunisten die Angreifer, in 100 Fällen (32,9 v. H.) die Nationalsozialisten, in 21 Fällen (6 v. H.) Reichsbanner und ihm nahestehende Gruppen. An Toten ist in der genannten Zeit bei diesen Zusammenstößen ein Kommunist zu verzeichnen, der durch einen Polizeibeamten erschossen wurde. Verletzt wurden 282 Personen. — Statistiker haben errechnet, daß Deutschland in den Jahren 1929/31 unter den Einwirkungen der Krise einen Steuerausfall von 6 Milliarden Reichsmark zu verzeichnen hatte. — Der Verfassungsausschuß des preussischen Staatsrats hat beschlossen, der Vollziehung am Donnerstag vorzuschlagen, gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. November betr. die Gewaltenteilung in Preußen den Staatsgerichtshof anzurufen. — Ministerpräsident Braun ist an einer Halsentzündung erkrankt und bettlägerig. Infolgedessen wird Minister Hirtfelder den Ministerpräsidenten im Staatsrat und Landtag vertreten. — Wie von der Pressestelle des Landgerichts Deuthen mitgeteilt wird, sind die in der Potempa-Sache stark belasteten, aber bisher schuldig gewesenen Angeklagten Solombeck und Rokittsch jetzt in Meise verhaftet worden. — In der Jahreshauptversammlung des Landbundes Anhalt teilte der Anhaltische Ministerpräsident Freyberg mit, daß sich das anhaltische Staatsministerium gezwungen gesehen habe, die Schlachtviehsteuer für Anhalt einzuführen. — Der Senat der Technischen Hochschule in Braunschweig hat die Ortsgruppe des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds verboten, weil sie die vom Senat genehmigten Sitzungen ständig überträte, Anordnungen des Senats nicht befolgt und Nichtstudenten als Mitglieder aufgenommen habe. Der braunschweigische Minister für Volksbildung, ein Nationalsozialist, hat am anderen Tag das Verbot außer Kraft gesetzt. — Das französische Landwirtschaftsministerium hat mit sofortiger Wirkung die Einfuhrzölle für ausländisches Holz erhöht. Die Zölle erheben im Vergleich zu Anfang dieses Jahres eine vier- bis fünffache Steigerung. — Im Moskauer Außenkommisariat wurde das russisch-polnische Schlichtungsabkommen unterzeichnet, das einen Teil des russisch-polnischen Nichtangriffsvertrages bildet, der am 25. Juli in Moskau unterzeichnet wurde. — Der Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses, Garner, hat Roosevelt mitgeteilt, daß der Kongress in der nächsten Sitzungsperiode ein Biergesetz annehmen werde, wonach der Verkauf von Bier mit einigen Einschränkungen erlaubt wird.

Ständiges Inferieren bringt Gewinn!

Der Sommer brach herein. Und wieder kam das Geisterschiff. Es wogte sich draußen auf den Wellen. Eskimos — von der Hoffnung auf Beute, die restliche Beladung, erfüllt — fuhren hinaus, kletterten an Bord. Sie wären beinahe nicht wiedergekommen. Denn in der Nacht blies der Sturm. Jedem Augenblick konnte der Dampfer sinken. Tage ständiger Todesangst folgten. Endlich beruhigte sich das Meer etwas, und die Eskimos flohen.

Vor wenigen Wochen wurde „Bahjimo“ wieder gesehen. Er trieb in dichte Eismassen eingeklemmt westlich von Point Barrow, der Nordspitze Alaskas. Niemand wagte sich an Bord des Geisterschiffes, das bald wieder am Horizont verschwand. Ist der Dampfer zum letzten Mal aufgetaucht oder wird er mit der großen Wunde im eisernen Bauch noch lange durch die Arktis geistern?

Im „Bahjimo“ hat der russische Dampfer „Polotofski“ ein Gegenstück gefunden. Das Schiff war im Dezember 1915 an der Nordküste Alaskas vom Eis eingeschlossen und von der Mannschaft verlassen worden. Es bestand kein Zweifel darüber, daß der Dampfer später gesunken sein mußte. Doch acht Jahre später stieß eine Gruppe Walroßjäger auf ein verlassenes, zwischen Eisschollen eingeklemmtes Schiff, das einwandfrei als der „Polotofski“ festgestellt wurde. Die Jäger wollten am nächsten Morgen an Bord gehen. Doch das Schiff war über Nacht wieder verschwunden. Es ist seitdem nicht wieder gesehen worden.

Unheimlich klingt die von mehr als zwanzig Zeugen behandelte Geschichte vom Schoner „Columbia“. Das Schiff, ein kanadischer Fischereiflegler, war 1928 in einem der schwersten Stürme, die jemals die Ostküste Nordamerikas heimsuchten, mit Mann und Maus untergegangen. Ein paar Wasserpfeffer, Rettungsringe, Holztrümmer kündeten das Los der zwanzig Mann Besatzung. Vier Monate später befand sich der Hochseeschlepper „Benosta“ bei stürmischem Wetter auf Fahrt. Sein Schlepppfeiler verankert tief im Wasser. Plötzlich ging ein Zittern durch das Schiff, die Trosse spannte sich, und aus den Wellen tauchte wie ein Gespenst das Wrack eines Schoners auf. Den Leuten auf der „Benosta“ standen die Haare zu Berg: Sie erkannten deutlich die „Columbia“, das Schiff, das vier Monate vorher gesunken war. Es ritt nun minutenlang auf der Trosse, wurde schließlich wieder frei, tangte eine Zeitlang auf den Wellen und verankert von neuem in sein nasses Grab. Für das unheimliche Auftauchen der „Columbia“ gibt es nur eine Erklärung: Die schlaffe Schlepptrasse der „Benosta“ hatte das unter Wasser treibende Wrack hochgehoben, als sie sich unter dem Druck einer Welle wieder spannte.

Eine humoristische Note hatte das plötzliche Wiederauftauchen der „Grabona“, eines Neufundlanddampfers, der mit Salz als Ballast nach den Staaten fahren sollte. Der Kapitän und Eigner hoffte das alte Schiff auf nützliche Weise dadurch loswerden zu können, daß er es dreißig Seemeilen von der Küste entfernt im Einverständnis mit der Mannschaft versenkte. Er kehrte in den Rettungsbooten nach Halifax zurück, erklärte, das Schiff sei im Sturm untergegangen, und meldete den Verlust bei der Versicherung an. Dann hielt er es für nötig, mit seinen Leuten in einer Hafentneipe in der Vorfreude auf die bald zur Auszahlung kommende Entschädigung eine kleine Feier zu veranstalten. Freilich verging ihm bald die Lust dazu, denn als er ein paar Stunden poliert hatte, glaubte er, weiße Mäuse zu sehen: Draußen in der Hafeneinfahrt tauchte die „Grabona“ auf.

Er hatte richtig gesehen. Das bestätigte die Polizei, die ihn halb darauf verhaftete. Die „Grabona“ war durch das in den Schiffsraum dringende und die Salzladung durchdränende Wasser zum Sinken gebracht worden. Als aber das Salz sich auflöste, stieg das leichter gewordene Schiff an die Wasseroberfläche, und eine Brise trieb das „Geisterschiff“ in den Hafen.

Spare am rechten Platz!

Kaufe Qualitätswaren in den soliden Einzelhandelsgeschäften, den Mitgliedern des **Rabattsparevereins**, welche ihre Steuern am Platze bezahlen. Die Einheits-Sparmarken verhelfen Dir am raschesten zu einem vollen Rabattbuch.

Althengstett
Am Samstag und Sonntag
halte ich
Reh-Essen
mit Spätzle
und lade hierzu höflichst ein
Gustav Peter und Frau
zur „Rose“

Reparaturen nur einem
vertrauenswürdigen Fachmann!
Nur Meister ihres Faches
verbürgen höchste Leistungen
Uhren haben einen überaus feinen
Mechanismus.
Sie verlangen ganz besonders verständnis-
volle Behandlung. Kaufen Sie daher Uhren und
lassen Sie Reparaturen nur dort vornehmen,
wo erprobte Fachleute Sie gut und zu billig-
sten Preisen bedienen.
Sämtliche Arbeiten an Uhren u. Optik u. Gold-
waren werden mustergültig ausgeführt bei
Karl Zahn / Uhrmacher und Optiker
Fernruf 300 - Calw - Lederstraße 42

Evangel. Buchhandlung
Carl Spambalg, Calw
Fernsprecher 189
empfiehlt
Adventshäuschen, Advents-
transparente, Adventssterne
und -Bäumchen, Advents-
ampeln, Adventskalender,
Adventskarten

Sie schädigen sich selbst,
wenn Sie eine Zeitung halten, die nicht in der
Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem
Laufenden zu halten, die für Sie und Ihre Wirt-
schaft in Betracht kommen.
Vor Schaden bewahren Sie sich,
wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues
Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des
Bezirks gibt. Darum bestellen Sie das „**Calwer**
Tagblatt“, das Sie über alle Vorkommnisse im
Bezirk unterrichtet.

Erkältungskrankheiten,
hartnäckiger Husten, Luftröhrenkatarrh, Lungenentzündung,
Bronchialkatarrh, Asthma etc. behebt und lindert
selbst in veralteten Fällen der schleimlösende
Deilheims Brust- und Lungentee
Preis M. 1.15 - In allen Apotheken erhältlich. Bestimmt:
Alte Apotheke in Calw u. Apotheke in Bad Liebenzell.

H.N. Verein für Homöopathie
und Naturheilkunde
in Calw
Am Sonntag, den 27. November,
mittags 3 Uhr, im klein. Saal d. Brauerei Weiß, Badstr.
Vortrag
von
Herrn Oberlehrer a. D. G. Günther Nagold
über
„**Vom Honig, seine Bedeutung**
als Nähr- und Heilmittel“
Seidermann herzlich eingeladen. Der Ausschuß.

Einen Lichtstrahl
in das Dunkel dieser Zeiten und in die Leidens-
nacht unserer großen, jammereichen Schaar, der
Krüppel und Siechen, Kranken und Blinden, Hilf-
losen und Gebrechlichen zum Weihnachtsfest
erbittet und nimmt mit herzlichstem Dank entgegen
Der Anstaltsleiter Lic. Erich Braun, Pfarrer.
Polstschekonto: Krüppelanstalten „Bethesda“
Angerburg Ostpreußen, Königsberg Pr. Nr. 2423

Besuchen Sie bitte
das beliebte
Familiencafé Hahn
in Zavelstein

Auf dem Weg zur Arbeit
sind und bleiben der treue
Begleiter und Hüter der
Gesundheit die millionen-
fach gegen Husten, Heiser-
keit und Katarrh bewährten

Kaiser's
BRUST-Caramellen
mit den 5 Tonnen
Jetzt Beutel 35 Pfg.,
Dose 40 und 75 Pfg.
Zu haben bei: Neue Apo-
theke Th. Hartmann; Alte
Apotheke Fr. C. Reichmann;
Ritter-Drogerie; Eugen Hayd;
Herm. Häußler; Fr. Lampar-
ter; Wilh. Sachs; Carl Serva;
Deckenpfronn; Carl Don-
gus; M. Gulde; Gechingen;
Gottl. Schwarz; Teinach;
Apotheke W. Wagner und
wo Plakate sichtbar.

Zwangsversteigerung.
Es werden öffentlich meist-
bietend gegen Bar versteigert
Samstag, 26. 11., 10 Uhr
auf der Kanzlei: 1 Schreib-
maschine (Mercedes) neu, an-
schließend unter dem Rat-
haus: 1 Blüch-Divän,
1 Schreibtisch, 1 Vertiko,
1 Spiegelschrank, 1 Sekre-
tär, 27 Paar Strumpfga-
maschinen.
Ger.-Vollz.-Stelle.

Schirme
werden
gut und billig
repariert
J. Eberhard, Calw

Ubenarius-
Carbolineum
Carl Serva
Fernsprecher 120

Fischtran
empfiehlt billigt
R. Hauber

Neu eingetroffen:
Preiswerte gewobene Damenstrümpfe
plattierter Damenstrumpf, makko mit Kunstseide, schwarz und farbig Paar Mk. - 85
guter Makkostrumpf, schwarz und farbig " " 1.-
schöner Makkostrumpf, schwarz und farbig " " 1.10
eleganter Makkostrumpf, schwarz " " 1.50
kräftiger Damenstrumpf, Flor m. Seide, plattiert schwarz u. farbig " " 1.00
feinfädiger Damenstrumpf, reine Kunstseide, schwarz und farbig " " 2.10
sehr kräftiger Damenstrumpf, Flor mit Seide, schwarz und farbig plattiert " " 2.20
ganz schwerer Makkostrumpf, schwarz " " 2.20
feinfädiger Bembergstrumpf, Marke Dollar, erprobte Qualität, schwarz und farbig " " 2.00
feinfädiger Bembergstrumpf, prachtvolle Ware, schwarz u. farbig " " 3.50
Wolle mit Seide plattiert " " 2.30
Wolle mit Seide plattiert " " 2.90
rein wollener eleganter Strumpf " " 2.40
Paul Röchle, s. m. b. S., am Markt, Calw

WERBEDRUCKE
für Handel und Industrie liefert in
moderner Ausführung bei billig-
ster Berechnung in kürzester Zeit
Tagblatt - Buchdruckerei Calw

NECKARSTR. 12 ECKHAUS
FLÜGELPIANOS HARMONIUM
SCHIEDMAYER
PIANO-FORTE-FABRIK
STUTTGART

Etwas besonderes ist
Serva's abess. Mocca-Mischung
1 Pfund Mk. 2.80 und 5 Prozent Rabatt
Derselbe ist gut und billig
Machen Sie einen Versuch
Carl Serva, Calw
Fernsprech-Nummer 120
Elgemo Rösterel-Anlage

Badischer Hof Calw
Montag, den 28. November,
8 Uhr
Gastspiel des
Pforzheimer
Schauspielhauses
Der große Lachterfolg
Frauen haben
das gern ...
Operette in 3 Akten
von Walter Kollo
Orchester:
Theaterorchester Pforzheim
Preise: M. 2.-, 1.50 und 1.-
Vorverkauf:
Buchhandlg. Häußler
Heute Abend
8 Uhr
Gymnastik
im
Bad. Hof

Öffentlicher
Vortrag
übermorgen Sonntag,
27. November, nachm.
3 Uhr im Hotel **Wal-**
horn Calw Bahnhofstr. 2.
Thema: „**Wo sind unsere**
Loten? - Im Himmel,
im Fegfeuer, oder in
der Hölle? Ist d. Sünde
v. dem Tode berechtigt
und wo werden wir die
Ewigkeit zubringen?
Redner: **H. Schulte.**
Eintritt frei!

Kunden werben?
Das Zaubermittel:
einfach, zuverlässig, sparsam:
Die Zeitungsanzeige!

